



I. Politik, Geschichte, Gedächtnis – zum wissenschaftsgeschichtlichen Kontext. Im westdeutschen „Historikerstreit“ von 1986/87 prägten Heinrich August Winkler und Christian Meier das Schlagwort „Geschichtspolitik“. Inzwischen ist die begriffliche Neuschöpfung weder aus dem Sprachgebrauch der Öffentlichkeit noch aus

den Arbeiten historisch orientierter Forscher wegzudenken. Geschichtspolitik orientierte Studien erfreuen sich seit Jahren einer anhaltenden Konjunktur, in Forschung, Lehre, Publikationen und Forschungsförderung hat sich der Ansatz etabliert. Die Frage nach dem politischen Umgang mit Geschichte hat für einen wichtigen Teilbereich öffentlichen Handelns sensibilisiert, der zuvor mit Begriffen wie „Geschichtspromaganda“ oder gar „Kulturpolitik“ mehr verstellt denn begriffen worden war. Allerdings war der Aufstieg des Ausdruckes „Geschichtspolitik“ zum anerkannten Forschungsansatz nicht selbstverständlich, war seine tagesaktuelle Verwendungsweise anfangs doch nahezu ausnahmslos polemischer Natur. Die meisten Autoren bezeichneten damit einen falschen und verwerflichen Umgang mit Geschichte. Folglich betrieben nach dieser Auffassung Geschichtspolitik stets nur die Anderen. Im Kontext des Historikerstreites schien es fast so, als „vergriffen“ sich nur als „rechts“ oder konservativ eingeordnete Historiker wie Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer an der Geschichte – „linke“ Geschichtspolitik, obschon bereits in diesem Vorwurf enthalten, schien außerhalb des Horizonts zu liegen.

Angesichts der in der Bundesrepublik kulturkämpferisch aufgeladenen 1980er Jahre mag man kaum von Zufall sprechen, dass sich just in den Jahren intensiver öffentlicher Auseinandersetzungen um Geschichtsinszenierungen, Museumspläne und wohlkalkulierte Stellungnahmen der Regierung Helmut Kohls, namentlich des Bundeskanzlers selbst, ein Terminus ausbildete, der die politische Gestaltung von „Geschichte“ auszudrücken und zu begreifen suchte. Zumindest fallen politisch-wissenschaftliche Kontroverse und Begriffsprägung hier zeitlich ineinander. Aus heutiger Sicht wird zusätzlich deutlich: Parallel dazu begann in jenem Jahrzehnt und im Zuge der neu aufgekommenen Forschungsrichtung des Cultural turn (siehe Kasten am Ende des Beitrags) eine Renaissance der Theorie des sozialen Gedächtnisses. Dieser in den 1920er und 1930er Jahren zunächst von dem französischen Soziologen Maurice Halbwachs entwickelte Ansatz geht davon aus, dass kollektives Erinnern nicht gleichsam als Summe der Erinnerungen vieler Einzelner, sondern generell als sozial bedingt zu verstehen ist. Entstehung und Veränderung eines kollektiven Gedächtnisses beruhen demnach auf wechselseitigen Einflüssen zwischen Gruppen und Einzelnen.¹

Mit Hilfe dieser knappen begriffs- und theoriegeschichtlichen Hinweise lässt sich das hier vorzustellende Forschungsprojekt verständlicher einordnen. Denn seit etwa Mitte des vergangenen Jahrzehnts haben sich aus dem Begriffsfeld von Vergangenheits-, Ge-

Knud Andresen, Harald Schmid: Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein nach 1945

Skizze eines Forschungsprojektes

¹ Zur Einführung in die Thematik siehe Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006; Astrid Erll, *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*, Stuttgart/Weimar 2005.

2 Vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München/Wien 1995; Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999; siehe auch Heinrich August Winkler (Hg.), *Der Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004.

3 Vgl. Harald Schmid, *Erinnern an den „Tag der Schuld“*. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001, S. 23ff.; ders., *Konstruktion, Bedeutung, Macht. Zum kulturwissenschaftlichen Profil einer Analyse von Geschichtspolitik*, in: Horst-Alfred Heinrich/Michael Kohlstruck (Hg.), *Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie*, Stuttgart 2008, S. 75-98.

4 Vgl. etwa: Habbo Knoch (Hg.), *Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945*, Göttingen 2001; Thomas Fuchs, *Traditionsstiftung und Erinnerungspolitik. Geschichtsschreibung in Hessen in der frühen Neuzeit*, Kassel 2002; Christoph Cornelißen, *Der lange Weg zur historischen Identität. Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946*, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hg.), *Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*, München 2004, S. 411-484; Peter Reichel/Harald Schmid, *Von der Katastrophe zum Stolperstein. Hamburg und der Nationalsozialismus nach 1945*, Hamburg 2005; Malte Thießen, *Eingebrannt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005*, München, Hamburg 2007.

schichts- und Erinnerungspolitik leitende Untersuchungskonzepte diverser zeithistorischer und politikwissenschaftlicher Studien entwickelt. Genannt seien hier nur die am breitesten rezipierten Arbeiten von Norbert Frei, Peter Reichel und Edgar Wolfrum.² Überblickt man die seither entstandene Forschungslandschaft, so lässt sich – jedenfalls für den deutschsprachigen Raum – von einem interdisziplinären Paradigma sprechen: Die genannten Untersuchungsansätze sind zwischen mehreren wissenschaftlichen Fachdisziplinen zu einer verbindenden Perspektive geworden und haben so das alte Politikfeld des Umgangs mit Geschichte inhaltlich und methodisch neu erschlossen. Neue Begriffe, neue Theorien lassen Altbekanntes in neuem Licht erscheinen und unter veränderten gesellschaftlichen Umständen neu begreifen – genau darum handelt es sich beim Aufstieg der geschichtspolitischen Perspektive.³

II. Geschichtspolitik und historische Regionalforschung. Wie gehen größere Kollektive mit ihrer Vergangenheit um? Diese zentrale Frage der Geschichtskulturforschung verweist auf den maßgeblichen Gruppenbezug, der, je nach Untersuchungsfokus, variabel ist. Dabei geht es – politikwissenschaftlich gesprochen – um Geschichtspolitik im Mehrebenensystem. Zu unterscheiden sind also die miteinander vernetzten und spezifisch autonomen transnationalen, nationalen, regionalen und lokalen Handlungsebenen. So wie sich etwa Städte unterschiedliche historische Ereignisse zu einem Geschichtsbild lokaler Identität konstruieren, so differiert auch die Erinnerungspraxis anderer übergreifender Einheiten, beispielsweise von Regionen und Bundesländern. Die jeweils zu verarbeitende nationale Vergangenheit trifft auf eine spezifische regionale Überlieferung und Tradition. Grundlegende Besonderheiten und Spannungsfelder des Landesgedächtnisses gehen so eine charakteristische Verbindung mit den starken Impulsen des nationalen, mithin auch des transnationalen Gedächtnisses ein.

Nach den das letzte Jahrzehnt prägenden Arbeiten zur deutschen Geschichtspolitik vor allem der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ihren spezifisch westdeutschen und ostdeutschen Ausprägungen und Verwicklungen, nach Dutzenden von Tagungen und Publikationen zu internationalen Aspekten des historischen und aktuellen politischen Umgangs mit Geschichte ist seit wenigen Jahren erkennbar, dass sich nun auch regionalgeschichtliche Forschungen des etablierten Konzepts bedienen.⁴ Was auf nationaler oder transnationaler Ebene Erkenntnisse verspricht, findet Eingang in Untersuchungen zur Landes- und Regionalgeschichte. Denn Geschichtspolitik ist auf allen Ebenen und in allen Foren ein Element und Faktor politischen Handelns. Die Regionalforschung befindet sich hier also in nachvollziehender Rezeption und kreativer Weiterentwicklung durch Anwendung auf kleinräumigere Felder politischen Handelns. Dies bringt den nicht geringen Vorteil mit sich, Missverständnisse und Fehlwahrnehmungen aus der Frühzeit des Konzeptes beiseite lassen zu können und sich so mehr den spezifischen Herausforderungen ei-

ner Übertragung des Ansatzes in regionalhistorische Bezüge widmen zu können.

Den politischen Umgang mit Geschichte „unterhalb“ der nationalen Ebene zu analysieren, erfordert die Verknüpfung eingeführter Ansätze mit ebenenspezifischen methodischen Zugängen. So zeigt sich etwa in vielen Bundesländern, dass die zeitliche Tiefe sowohl des historischen Bewusstseins wie auch des öffentlichen Umgangs mit der Landesgeschichte in ihrer gegenwartsbezogenen Relevanz bedeutend weiter reicht als auf der nationalen Ebene. Auf der letzten ist der Umgang mit Geschichte wenigstens bis 1989/90 von einem charakteristischen Ineinander gekennzeichnet gewesen: eines harten Kontinuitätsbruchs infolge der vielfachen Katastrophe des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“ mit der offenkundigen Fortsetzung älterer Kontinuitäten. Auf Länder- und Regionalebene hingegen sind die Einflussfaktoren der weit vor 1933 zurückreichenden langen Dauer der sich nur langsam ändernden strukturellen Gegebenheiten deutlicher (jedenfalls in jenen Ländern, die nach 1945 nicht völlig neu entstanden sind wie Niedersachsen). Wenigstens in den ersten Nachkriegsjahrzehnten waren Bundesländer zudem stärker als die nationale Ebene von Konflikten beeinflusst, die man heute im Zeichen des vereinten Europa eher dem nationalistischen Erbe des 19. Jahrhunderts zuordnen möchte. Grenzstreitigkeiten waren noch nicht überall überwunden, akut waren auch noch ethnische und nationalpolitische Auseinandersetzungen. An den Nachkriegsproblemen um die Bildung des Bundeslandes Baden-Württemberg (Baden vs. Württemberg sowie Streitfall Elsass) wird dies ebenso deutlich wie an den deutsch-französischen Konflikten um das europäische Saarstatut, den dänisch-schleswig-holsteinischen Auseinandersetzungen um die jeweiligen Minderheiten oder der bis Mitte der 1970er Jahre im Stillen praktizierten „Volkstumspolitik“ der Bundesrepublik zugunsten der deutschsprachigen Südtiroler. Kleinräumigerer politischer Handlungsbereich geht also „unterhalb“ der nationalen Ebene einher mit einer tendenziell vielfältigeren Geschichts- und Erinnerungslandschaft. Und generell gilt: Nationalgeschichte bricht sich in der regionalhistorischen Erfahrung, so dass es Interpretationen und Erzählungen ohne oder mit nur geringer Verbindung zur Landesgeschichte schwer haben.

Diese kurzen Ausführungen sollten verdeutlicht haben, dass Geschichtspolitik auf Länderebene durchaus eine Besonderheit aufweist. Die Kategorie „Geschichte“ hat hier eine landesbezogene Bedeutung, auch Umgangs- und Aneignungsweisen von Geschichte und die Akteure dieses Umgangs sind von eigenem Zuschnitt. Im Falle Schleswig-Holsteins wird dies besonders deutlich.

III. Ausgangspunkte, begrifflich-theoretische Zugänge und methodisches

Konzept. Das Projekt ist in drei Einzeluntersuchungen unterteilt.⁵ Die übergreifende Teilstudie analysiert geschichtspolitische Grundlinien und Akteure, Erinnerungskultur und Geschichtsbilder in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg (siehe unter Abschnitt IV). In

5 Gefördert von der Fritz-Thyssen-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB) haben die Arbeiten an dem Forschungsprojekt im Jahre 2007 begonnen, 2010 ist mit dem Abschluss zu rechnen. Institutionell ist es am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) angebunden, Leiter des Projektes ist der dort lehrende Historiker Karl Heinrich Pohl.

einem weiteren Teilprojekt geht es um einen der nichtstaatlichen Hauptakteure von Landes-Geschichtspolitik nach 1945, den SHHB (siehe unter Abschnitt V). Die dritte Untersuchung widmet sich dem politischen Umgang mit Geschichte im Rahmen der Minderheitenpolitik diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze (siehe unter Abschnitt VI).

Raum, Identität, Geschichte, Politik: Mit diesen vier Begriffen lässt sich der konzeptionelle Ansatz der Untersuchung beschreiben, der damit gleichzeitig vier Felder der jüngeren theoretischen Diskussion integriert. Ein Ausgangspunkt ist die Aufnahme des Spatial turn, der vor einigen Jahren in Gang gekommenen neuen Raumforschung (siehe Kasten).⁶ Dieser Ansatz führt über die alte nationalstaatliche Vorstellung unzweideutiger territorialer Raumgrenzen und fest damit verbundener, sich auf unveränderliche Werte berufende Kulturen hinaus, was sich insbesondere für ein ausgeprägtes Grenzland wie Schleswig-Holstein als methodisch bedeutsam zeigt. Denn sowohl als Nordspitze Preußens und dann der Bundesrepublik teilte es nicht nur eine Grenze mit Dänemark, die zwischen 1960 und 1973 gleichzeitig die Grenze zwischen EWG und EFTA bildete, sondern verstand sich während des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Teilung infolge der Grenzlage zur DDR und der militärstrategisch wichtigen Lage an der Ostsee auch als „nördlicher Grenzpfiler der mitten durch Europa und durch unser Vaterland laufenden Trennungslinie“⁷.

Soziale, und damit auch politische Raumvorstellungen und -bedingungen stehen in unmittelbarer Verbindung zu kollektiven Selbstbildern. Hier greift das Forschungsprojekt Grundlinien der breiten Literatur zur Frage einer Gruppenidentität auf. Als ungezählte Male zitiertes und oft nicht weiter reflektiertes „Plastikwort“ (Uwe Pörksen) ist „kollektive Identität“ einerseits problematisch, steht es doch scheinbar in der unseligen Tradition der vorurteilsbehafteten nationalistischen Selbst- und Fremdbilder besonders des 19. Jahrhunderts und somit im Verdacht, Vorstellungen eines vorgeblich unwandelbaren Wesens zu transportieren. Andererseits ist der Begriff als analytische Kategorie nicht verzichtbar, steht er doch just für Entstehung, Aufrechterhaltung und Wandel von Selbst- und Fremdwahrnehmungen in Gruppenprozessen. Auf der Basis der vom Sozialkonstruktivismus (siehe Kasten) ausgehenden neuen Perspektiven auf soziokulturelle Prozesse werden auch kollektive Identitäten als kontinuierliche, auf soziale Dauer zielende Konstruktionen erkennbar.⁸ Da Identitäten, auch kollektive, stets eng mit Geschichte und Geschichtsbewusstsein verbunden sind, ist dieser Ansatz für das Forschungsprojekt „Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein nach 1945“ in mehrerlei Hinsicht wichtig. Denn von Interesse sind etwa die Konstruktionsprozesse gruppenspezifischer Selbstbilder landespolitischer Akteure mittels historischer Argumentationen und entsprechender öffentlicher Repräsentationen. Ebenso wichtig sind aber die Spannungen, Unterschiede und Gegensätze zwischen den Geschichtsbildern einerseits einzelner Gruppen wie Parteien oder

6 Vgl. Riccardo Bavaj, Was bringt der „spatial turn“ der Regionalgeschichte? Ein Beitrag zur Methodendiskussion, in: Westfälische Forschungen 56 (2006), S. 457-484; Alexander Geppert/Uffa Jensen/Jörg Weinhold (Hg.), Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2005; Martina Löw, Raumsoziologie, Frankfurt am Main 2001; siehe auch Pierre Bourdieu, Sozialer Raum und „Klassen“. Zwei Vorlesungen, Frankfurt am Main 1985.

7 So der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Helmut Lemke (CDU) am 7.12.1964 in seiner Antwort auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag zur Raumplanung. Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 605, Nr. 3427, Presse Landeskanzlei, 1964.

8 Aus der breiten Literatur vgl. etwa Lutz Niethammer, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek 2000; Werner Rammert u.a. (Hg.), Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen. Ethnologische, soziologische und historische Studien, Leipzig 2001.

Verbänden, andererseits zur übergreifenden Landesgeschichte. Historisch gerechtfertigte Identität wird hier in ihrer narrativen Beschaffenheit untersucht (siehe Kasten: Geschichte als Erzählung).

Dabei kommt der Geschichte, der gegenwärtigen erzählerischen Konstruktion von als maßgeblich erachteter Vergangenheit, herausragende Bedeutung zu. Dies gilt zunächst für ihre Funktion als allgemeines Mittel der Orientierung. Speziell in der Binnensicht der Akteure dient sie der Stabilisierung der historischen Eigenbilder und damit der jeweiligen Gruppe, im Außenverhältnis der Akteure fungiert sie als Rechtfertigung eigenen Handelns gegenüber anderen Gruppen. Das Forschungsprojekt geht hier von den Erkenntnissen der jüngeren Geschichtstheorie aus, die die Herausforderung des Konstruktivismus aufgenommen hat. Demnach kann es mittlerweile als relativer Konsens gelten, dass Geschichte in strikter Abhängigkeit von der Gegenwart steht. Geschichtsschreibung, Geschichtsbilder und Geschichtsbewusstsein sind Gegenwartsprodukte. Auf der Grundlage dieser – theoriegeschichtlich nicht ganz neuen, aber zuletzt systematisch reflektierten – Einsicht rückt gewissermaßen das Eigengewicht der Vergangenheit auf Distanz und der Stellenwert des Faktors Gegenwart steigt rapide. Wenn also Geschichte in der Gegenwart entsteht, hat dies vor allem zur Folge, dass das vielstimmige Feld aktueller Prägungs- und Formungsversuche von Geschichte in aller Deutlichkeit vor das Auge tritt. Ein besonders wichtiger Teilbereich ist dabei die Geschichtspolitik.

Ein methodisch innovativer und herausfordernder Teil des Projektes zielt auf die Wirkungen von Geschichtspolitik. Gliedert man den Politikprozess nach Voraussetzungen, Programmformulierung, Entscheidung, Umsetzung und Folgen auf, so stellt sich stets auch die Frage, wie Politik wirkt – sei es auf der konkreten Diskussions- und Entscheidungsebene, sei es auf der symbolpolitischen Ebene. Diese wenig untersuchte Frage ist ein integraler Bestandteil des Forschungsprojektes. Wirkungsforschung wird dabei als Evaluations- und Rezeptionsanalyse vorgängigen politischen Umgangs mit Geschichte bestimmt. Wirkungen von Geschichtspolitik werden anhand der Entwicklung der historisch-politischen Identität der jeweiligen Bezugsgruppe untersucht. Im Mittelpunkt dieses Interesses für die Politikwirkungen stehen folglich Prozesse veränderter Selbstverständnisse.

Zusammengefasst geht es also primär darum, geschichtspolitische Prozesse in Schleswig-Holstein von 1945 bis 2005 in ihrem Zusammenwirken mit kollektiven Selbstbildern zu untersuchen. Der besondere analytische Schwerpunkt liegt dabei auf den Funktionen und Ausdruckformen ebenso wie auf den Folgen des politischen Umgangs mit Geschichte: Wie konstruieren schleswig-holsteinische politische Akteure Landesbewusstsein (auch) mit Geschichtsbildern öffentlich, zu welchen Zwecken und mit welchen Wirkungen geschieht dies? In den drei Teilprojekten wird diese übergreifende Fragestellung unter je spezifischen Perspektiven konkretisiert.

IV. Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein nach 1945 (Harald Schmid). Diese Studie stellt den übergreifenden Teil des Forschungsprojektes dar. Während die unten skizzierten Untersuchungen zum SHHB und zur deutsch-dänischen Minderheitenpolitik einzelne Akteure und Handlungsfelder in den Mittelpunkt stellen, geht es hier um den ganzen Horizont schleswig-holsteinischer Geschichtspolitik – vom allgemeinen Umgang mit Geschichte in der politischen Arena bis zum eigentlichen Schwerpunkt des Teilprojekts, der Geschichtspolitik im Kontext der Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Grundlage ist dabei die besondere Situation Schleswig-Holsteins nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die sich stichwortartig so umreißen lässt: Vorgeschichte als eines der Kernländer des Aufstiegs der NSDAP in der Weimarer Republik und als späterer „Mustergau“,⁹ staatlicher Neuaufbau als westdeutsches Bundesland, starke Kriegszerstörungen in den Großstädten Kiel und Lübeck, mit über 40 Prozent Bevölkerungsanteil extrem hohe Quote von Vertriebenen (inklusive der damit auf Jahre hinaus verbundenen sozialen Probleme), Zufluchtstätte für ehemalige Nationalsozialisten, Konflikt mit Dänemark um Minderheitenrechte und Südschleswig („Neudänentum“), nach kurzer SPD-Regierung und Großer Koalition jahrzehntelange politische Vorherrschaft der CDU. Angesichts der hier nur schematisch angedeuteten Umriss der strukturellen Umbrüche des Landes nach 1945 war der „Geschichtsbedarf“ (Niklas Luhmann) Schleswig-Holsteins – durchaus parallel zu ganz Deutschland, aber mit spezifischer Ausprägung – beträchtlich. Der auf vielen Feldern zu verzeichnende Kontinuitäts- und Strukturbruch, der außerordentliche Integrationsanstrengungen erforderte, konnte – auch – mittels einer geschichtlichen Orientierung zumindest gemildert, jedenfalls mit politisch-historischem Sinn kompensiert werden.

„Das waren ganz fürchterliche braune Gestalten“, meinte der frühere schleswig-holsteinische CDU-Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg im Rückblick auf die ebenfalls CDU-geführten Landesregierungen der 1950er Jahre.¹⁰ Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein zu untersuchen, bedeutet vor dem Hintergrund des oben ausgeführten zweierlei: die Analyse des allgemeinen politischen Umgangs mit Geschichte und speziell mit der NS-Geschichte.¹¹ Im Mittelpunkt steht dabei der wechselseitige Zusammenhang von „Meistererzählungen“, also verfestigten und prägenden Erzählweisen von Geschichte, mit Konstruktionen kollektiver Identität. Dazu gehören auch kritische „Gegenerzählungen“, die seit den späten 1970er Jahren aufkamen. Für den erstgenannten Bereich ließen sich dabei etwa nennen: der Staatsakt von 1948 zum 100. Jahrestag der 1848er Revolution, das 1960 zelebrierte 500jährige Bestehen des Ripener Vertrages, die Gedenkfeier zur 100. Wiederkehr des „Tages von Düppel“ 1964, die Landesausstellung von 1965 oder die Museumsgründungen und allgemeinen Geschichtsaktivitäten der 1980er Jahre.

Der thematische Schwerpunkt des geschichtspolitischen Umgangs mit der NS-Zeit wird in dieser Teilstudie methodisch zweigleisig realisiert. Einerseits werden die „klassischen“ Felder der NS-

⁹ Vgl. Uwe Danker/Astrid Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005; Gerhard Paul, Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz, Münster 2001.

¹⁰ Zit. nach: Robert Bohn, Geschichte Schleswig-Holsteins, München 2006, S. 174.

¹¹ Vgl. etwa Karl Heinrich Pohl, Überlegungen zur „Vergangenheitsbewältigung“ in Schleswig-Holstein nach 1945, in: Demokratische Geschichte 17 (2006), S. 209-220.

Aufarbeitung analysiert; darunter fallen die politische Säuberung („Entnazifizierung“), Kompensationsregelungen für die Opfer der NS-Verfolgung („Wiedergutmachung“), justizielle Aufarbeitung und der allgemeine politisch-kulturelle Selbstverständigungsdiskurs in Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus. Andererseits werden in exemplarischen Fallstudien wichtige Handlungsfelder in Quer- und Längsschnittanalysen fokussiert, und zwar zu folgenden Teilbereichen:–

- Ein Kernbereich der Untersuchung zielt auf das politische Zentrum Schleswig-Holsteins, in dem es um die Analyse des Handelns der Ministerpräsidenten, Landesregierungen, Landtage und politischen Parteien geht.
- Mit Blick auf Interessenorganisationen stehen Verfolgtenverbände sowie Kirchen und religiöse Gemeinschaften im Zentrum des Interesses.
- Wissenschaft, Bildung und Öffentlichkeit: In diesem Sektor geht es um Universitäten und Hochschulen, einzelne wissenschaftliche Institute, die Landesgeschichtsschreibung, politische Bildung sowie Medien und Öffentlichkeit des Bundeslandes.
- Im Themenfeld „Erinnerungskultur“ werden Gedenkstätten und Denkmäler (zum Beispiel das Ehrenmal Cap Arcona in Neustadt), Gedenk- und Jahrestage (beispielsweise die Initiative des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann zur zonenübergreifenden Begehung des „Tags der Opfer des Faschismus“ im Jahre 1948) sowie historische Ausstellungen analysiert.
- Ziel des Untersuchungsteils „Geschichtsbilder im Wandel“ ist es, in Längsschnitt-Analysen einzelne wichtige Aspekte aufzuklären: die Geschichtspolitik in und von Regionen und Städten, die Entstehung und Entwicklung der charakteristischen Grenzland-Geschichtsbilder zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein (von der Last zum „Modellfall“), der Umgang mit und die Repräsentation von Tätern, Zuschauern und Opfern der NS-Verbrechen im politischen Geschichtsdiskurs, ferner Geschichtsbilder am rechten und linken Rand des politischen Spektrums sowie die Elitenkontinuität und Skandale (Fälle Hedler, Clauberg, Heyde/Sawade, Reinefarth etc.)
- Und schließlich gilt es, äußere Einflüsse und Anstöße näher zu betrachten: etwa seitens der britischen Besatzungsmacht (Vorgaben, Restriktionen, Freiräume), des Bundes (zum Beispiel politische Bildung, politische Gedenktage) und anderer Bundesländer sowie aus internationalen Kontexten.

V. Die Geschichtspolitik des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB)

(Knud Andresen). Dieser Teil des Projekts zielt darauf, Entstehung und Wirkung von Geschichtspolitik am Beispiel eines Erinnerungsakteurs¹² zu analysieren. Untersuchungsobjekt ist der SHHB als wirkungsmächtige Organisation in Schleswig-Holstein nach 1945. Geegründet wurde der SHHB 1947, um die „heimatverbundenen“ Verei-

¹² Vgl. Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich (Hg.), *Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten?*, Stuttgart 2004.

¹³ Vgl. Georg Reinhardt, *Vorgeschichte, Gründung und erstes Wirken*, in: *Schleswig-Holsteinischer Heimatbund* (Hg.), *20 Jahre Schleswig-Holsteinischer Heimatbund*, Neumünster 1968, S. 14f.



14 Ausführlich bei: Norman Berdichevsky, *The Danish-German Border Dispute. Aspects of cultural and demographic politics 1815-2001*, Bethesda/Dublin, London 2002.

ne „überparteilich und politisch neutral“ zu sammeln.¹³ Denn nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren viele Schleswiger der dänischen Minderheit mit der Hoffnung beigetreten, durch einen Anschluss Schleswigs an Dänemark den katastrophalen Zuständen in Schleswig-Holstein zu entgehen.¹⁴ Zudem musste in Schleswig-Holstein aber auch mit anderen Folgen des Nationalsozialismus umgegangen werden. Neben psychischer und physischer Not, die alle Teile Deutschlands trafen, zeichnete sich Schleswig-Holstein aus kon-

6. Juli 1946: Einweihung des Denkmals für die am 3. Mai 1945 infolge der britischen Bombardierung der Schiffe „Cap Arcona“ und „Thielbek“ in der Lübecker Bucht bei Neustadt in Holstein gestorbenen Häftlinge aus dem Konzentrationslager Neuengamme. (Quelle: LAS Abt. 605, Nr. 4025)



servativer Sicht im Besonderen durch die Gefährdung der Integrität des Landes und der gesellschaftlichen Strukturen aus. Auf der einen Seite bedeutete der rasche Bedeutungszuwachs der dänischen Minderheit und ihrer secessionistischen Pläne eine Gefahr, auf der anderen Seite belastete der gewaltige Anteil der Vertriebenen das strukturschwache Schleswig-Holstein.

Gegen diese Entwicklung wollte der SHHB die nationale deutsche Kultur stärken. Sein Ziel als Dachverband war es, mit einem

Pastor Dr. Rudolf August Edgar Muuß
(1892-1972)

Der gebürtige Meldorfer Rudolf Muuß setzte sich seit der Volksabstimmung nach dem Ersten Weltkrieg vehement auf Seiten der deutschen Grenzkämpfer ein. Er bekleidete hohe Funktionen im nationalistischen Schleswig-Holsteiner-Bund, vertrat aber in diesem eine vergleichsweise moderate Linie. Seine Arbeit war antimodernistisch geprägt und vom Volkstumsgedanken getragen. Sie zielte auf ein schleswig-holsteinisches Stammestum in Abgrenzung von Dänemark wie aber zugleich auch von Preußen. Aufgrund der ihm eigenen, etwas sperrigen Umgangsformen eckte er immer wieder an; den Nationalsozialisten stand er denn auch nach anfänglicher Euphorie ablehnend gegenüber, ohne jedoch an irgendeinem Punkt Widerstand zu leisten. Nach dem Krieg gehörte Muuß dem ersten ernannten Landtag an. Vor dem Hintergrund der explosionsartig wachsenden dänischen Minderheit war er unter den ersten, die dieser Entwicklung auf deutscher Seite etwas entgegenstellen wollten. Zusammen mit Dr. Richard Schenck begründete der Pastor aus Stedesand den SHHB und war dessen unermüdlicher erster Vorsitzender, bis er aufgrund seiner persönlichen Art wieder aus der ersten Linie genommen wurde. Noch bis zu seinem Tod 1972 blieb Muuß dem SHHB in leitender Funktion verbunden und setzte sich insbesondere für die Förderung des Niederdeutschen ein.

(Quelle: Photosammlung, Archiv des SHHB in Molfsee)



15 Der Begriff „Kulturoffensive“ wurde 1950 vom dänischen Minister Frede Nielsen geprägt. Die deutschen Grenzkämpfer nahmen diesen sofort auf; er bezeichnete fortan das vorgeblich aggressive dänische Vorgehen, mit dem Ziel die deutsche Bevölkerung in Schleswig für Dänemark zu

geschichtspolitisch fundierten schleswig-holsteinischen Landesbewusstsein der als „Kulturoffensive“¹⁵ der dänischen Seite wahrgenommenen Entwicklung zu begegnen und das Selbstbild einer Schicksalsgemeinschaft zu stärken, die „Volksgemeinschaft“ über das Ende des Krieges hinaus zu erhalten. Letztlich lässt sich die Zielsetzung des SHHB als Versuch einordnen, nach dem Ende des „Dritten Reiches“ die Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein – seit Mitte der 1950er Jahre auch die dort gestrandeten und angesiedelten Vertriebenen – national zu integrieren, eine kollektive Identität der deutschen Schleswig-Holsteiner wieder zu begründen und dabei kulturell verbrämt die tradierten Werte und Normen unhinterfragt zu erhalten.¹⁶ Zum einen versuchte der SHHB nach dem Ende des „Dritten Reiches“ deshalb, etwa restaurativ Institutionen zu halten und sich anzueignen, indem sie mit eigenen Personen besetzt wurden.¹⁷ Zum anderen lag der Handlungsspielraum des SHHB darin, mittels Geschichtspolitik die gemeinsamen Erinnerungen in der Gesellschaft zu beeinflussen, durch eine Gestaltung der öffentlichen Erinnerung politische Entscheidungen vorzubereiten, zu legitimieren oder aber Positionen und Handlungen des Gegners zu skandalisieren.¹⁸ Der Erinnerungsakteur SHHB agierte also mehrdimensional

nal: auf einer Handlungsebene mit konkreter kurzfristiger und auf einer Symbolebene mit langfristiger Wirkung, die zusammengenommen auf die Sicherung der Deutungshoheit im Sozialen Raum abzielten.¹⁹

Grundlage dieser Teilstudie wird deshalb zunächst eine Herausarbeitung der wirksamen historischen Erzählstränge und Geschichtsbilder in Schleswig-Holstein vor 1945, eine Analyse der Grundlagen des Sozialen Raumes sein, um Traditionen und Anschlussmöglichkeiten der Geschichtspolitik des SHHB aufzuzeigen. Insbesondere der schleswig-holsteinisch-dänische Gegensatz, der sich im Zuge der beidseitig sehr unterschiedlich verlaufenen Herausbildung der Nationen seit dem frühen 19. Jahrhundert ergab, prägte nicht nur den Sozialen Raum, sondern etablierte bestimmte Konnotationen, Stereotypen und Geschichtsbilder mit impliziten Handlungsanweisungen in den Erinnerungskulturen.²⁰ Des Weiteren ist die „Borussifizierung“²¹ Schleswig-Holsteins zu untersuchen und auf geschichtspolitische Verklammerungen der schleswig-holsteinischen mit der deutschen Geschichte, einer Fixierung auf die Nation zu achten.

Beide Prozesse etablierten eine Fülle geschichtspolitischer Verweisstrukturen und Gedächtnisorte, die zum Teil bis heute als symbolische Grundlage nachwirken und immer wieder neu funktionalisiert werden. Zusammen mit der Besetzung von Deutungsinstitutionen führte dies dazu, dass die Geschichte Schleswig-Holsteins fast bis in die Gegenwart auf den deutsch-dänischen Gegensatz fokussiert war.²² Diese Meistererzählung büßte 1945 auf symbolischer Ebene zwar einen Großteil des nationalen Anteiles ein; es lagen dennoch mannigfaltige Möglichkeiten für deren Anknüpfung an die neuen gesellschaftlichen Vorgaben bereit.

In einem nächsten Schritt wird der Akteur SHHB genauer untersucht. Welche Möglichkeiten, aber auch Konflikte waren in Zielsetzung und Struktur angelegt? Wo war er im politisch-gesellschaftlichen System Schleswig-Holsteins verortet, wer waren Partner und Gegner seiner Geschichtspolitik? Aufgrund seiner Organisation als Dachverband heterogener Heimatvereine und seiner zugleich dezidiert politisch-kulturellen Zielsetzung wies der SHHB als Erinnerungsakteur von Beginn an einige Besonderheiten auf. So stützte er sich nicht auf einzelne Mitglieder, sondern auf korporativ angeschlossene, selbständige Vereine, die satzungsgemäß kaum Einfluss hatten.²³ Der Großteil der finanziellen Mittel kam zudem vom Land Schleswig-Holstein, einige Jahre auch von verschiedenen Bundesministerien.²⁴ Vorstand, insbesondere aber Vorsitzender und später auch Geschäftsführer hatten deshalb weitestgehend freie Hand bei Zielsetzung und Tagesgeschäft, solange sie im relativen Einklang mit der jeweiligen Regierung agierten.

16 Siehe bspw. LAS, 422.17.6 Vorstands- und Beiratsitzung vom 25.7.47; 422.17.432 Ausschuss für Volksratsarbeit.

17 Es ging bspw. um die Wiedereinstellung belasteter Lehrer und Hochschuldozenten. Vgl. LAS, 422.17.12, Vorstandsprotokolle 1949-1957.

18 Vgl. Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen 1999.

19 Der Begriff Sozialer Raum meint die Beziehungen von handelnden Personen wie auch Gegenständen zueinander, die einen gedachten Raum bilden. Beispielsweise eine Schule ist nicht nur ein geographisch klar umrissener Ort, sondern auch ein Sozialer Raum, der von den handelnden Personen wie Schülern, Lehrern, Eltern und Angestellten sowie den Objekten wie Gebäuden, Ausstattung etc. gebildet wird. Vgl. Martina Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt a. M. 2001; vgl. außerdem Kasten *Spatial turn*.

20 Vgl. Inge Adriansen/Matthias Scharlt, *Erindringssteder nord og syd for Grænsen/Erinnerungsorte nördlich und südlich der Grenze*, Sønderborg/Schleswig 2006; Carsten Fleischhauer/Guntram Turkowski (Hg.), *Schleswig-Holsteinische Erinnerungsorte*, Schleswig 2006; Alexa Geisthövel, *Eigentümlichkeit und Macht. Deutscher Nationalismus 1830-1851. Der Fall Schleswig-Holstein*, Stuttgart 2003; Bea Lundt (Hg.), *Nordlichter. Geschichtsbewusstsein und Geschichtsmymthen nördlich der Elbe*, Köln, Weimar, Wien 2004.

21 Borussifizierung meint hier die Absicht, die Bevölkerung Schleswig-Holsteins mittels kultureller Praktiken – v.a. über den Umgang mit der Landesgeschichte – in Preußen zu integrieren. Vgl. Carsten Jahnke, *Die Borussifizierung des schleswig-holsteinischen Geschichtsbewusstseins, 1866-1889*, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte* 130 (2005), S. 161-191.

22 Broder Schwensen, *Der SHB 1919-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalpolitischen Grenzverbände im deutsch-dänischen Grenzland*, Frankfurt am Main 1993; Rudolf Rietzler, *Kampf in der Nordmark. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928)*, Neumünster 1982; Martin Rheinheimer (Hg.), *Grenzen in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks*, Neumünster 2006.

23 LAS, 422.17.175, Arbeitsmappe 1952-1967, darin die Satzung.

24 LAS, 422.17.183, Jahresberichte.

Staatssekretär a.D. Dr. Werner Schmidt
(1911-1990)

Werner Schmidt wurde in der damaligen Grenzstadt Hadersleben geboren. Dem Jurastudium folgte eine Karriere in NS-Bürokratie und HJ; Schmidt diente als Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium. Nach dem Krieg und einer Zwischenstation in der Wirtschaft begründete Schmidt in Eckernförde die Gemeinschaft der Kriegsgeneration, eine parteiübergreifende Sammlung ehemaliger Funktionäre. Mit diesem Rückhalt wurde Schmidt Bürgermeister, was Anlass zu einer scharfen Debatte im Landtag war. Dennoch konnte Schmidt in der Folge weiter zum Staatssekretär aufsteigen. Zum SHHB stieß er in den späten 1960er Jahren und wurde 1974 dessen Vorsitzender, nachdem er in den Ruhestand gegangen war. Bis zu seinem Tod blieb Schmidt der bestimmende Mann im SHHB. Unter seiner Ägide erlebte der Verband einen ungeahnten Aufschwung und wirkte in der Folge als kultureller Dienstleister der Landes-CDU daran mit, ein konservativ geprägtes Schleswig-Holstein-Bewusstsein zu generieren. Die Erfindung und Durchführung des Schleswig-Holstein-Tages sowie die Neukonzeption der Idstedt-Halle sind Beispiele dieser Politik. Zugleich sorgte Schmidt aber auch für eine tiefgreifende Erneuerung des SHHB, für eine Erweiterung seiner Arbeitsfelder insbesondere im Naturschutz. Sein Tod 1990 stellte für den Verband SHHB eine tiefe Zäsur dar.

(Quelle: Photosammlung, Archiv des SHHB in Molfsee)

25 Ein Beispiel wäre die Auseinandersetzung um den Standort des Idstedt-Löwen.

26 IAS, 422.17.230, Konzeption der ZFL; 422.17.18, Vorstandsprotokolle und Einladungen 1959, 1961, 1964, 1971-1974; vgl. Schleswig-Holsteinischer Heimatbund (Hg.), 50 Jahre Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Kiel 1997.

27 Eine erste Fassung der folgenden Darstellung schrieb Rayk Reißner.



Nur bei extrem emotional aufgeladenen Situationen konnte der Dachverband auf eine mobilisierte Mitgliedschaft setzen.²⁵ Dabei bewegten sich Aufgabengebiete und Zielsetzung zudem zwischen den Polen „Grenzverein“ und „Heimatbund“. Stand erst die kulturelle Auseinandersetzung in Schleswig uneingeschränkt im Zentrum, weitete der SHHB mit zunehmender Befriedung des Grenzkampfes von oben seinen Aktionsradius auf gesamtdeutsche Fragen und später sehr erfolgreich auf Trachten- wie Naturschutzthemen aus.²⁶

Gegliedert nach den zu verschiedenen Zeiten erheblich differierenden politischen Zielen sollen deshalb die spezifischen Funktionen der Geschichtsbilder als Bestandteile der vom SHHB gestalteten Erinnerungskultur lokalisiert werden. Die Ausgangsüberlegung ist hierbei, dass die politische Zielsetzung, die jeweilige Funktion im Erinnerungsdiskurs, sich in verschiedenen Beschreibungen und Auslegungen schleswig-holsteinischer, deutscher wie dänischer und europäischer Geschichte niederschlagen. Auf welche Bestände des kulturellen Gedächtnisses griff der SHHB deshalb geschichtspolitisch zurück, um einerseits in der „Kulturoffensive“ der Nachkriegszeit zu bestehen, andererseits seit den 1970er Jahren das deutsch-dä-

nische Grenzgebiet als „Modellfall für Europa“ zu beschreiben? Wie gestaltete der SHHB Bücher und Zeitschriften, Feste und Denkmäler? Anhand einer Analyse der permanenten Beiträge zur Erinnerungskultur soll der Versuch unternommen werden, die Geschichtspolitik des SHHB im Sozialen Raum einzuordnen und ihre Deutungsmacht konkreter zu bestimmen. Durch die Auswertung von geschichtspolitischen Konflikten in der veröffentlichten Meinung wird dabei dem Wandel des gesellschaftlichen Werte- und Normensystems, des Gedächtnisrahmens in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nachgegangen werden. Wie also – und mit welchem Erfolg – wurde das Projekt des Heimat- und Landesbewusstseins über Generationengrenzen fortgeführt und für verschiedene Erinnerungsgemeinschaften angepasst? Wie wirkten sich gesellschaftliche Entwicklungen auf die Konstruktion und Umwertung alter Geschichtsbilder und Erzählstränge aus? Um einen weiteren reflexiven Blick zu ermöglichen, werden dabei auch konkurrierende Geschichtspolitiken von reichsdänischer Seite und von Minderheiten mit in die Analyse einbezogen.

VI. Geschichtspolitik und Minderheiten in Schleswig-Holstein und Sonderjylland 1945-2005 im Vergleich.

Nach einer durch den Versailler Vertrag vorgesehenen, teilweise umstrittenen Volksabstimmung im Frühjahr 1920 wurde Nordschleswig an Dänemark abgetreten.²⁷ Die nationalstaatliche Teilung Schlesiws ließ sowohl in Nordschleswig (auch: Südjütland, dänisch: Sønderjylland) wie auch in Südschleswig eine jeweils von ihrem „Mutterland“ abgetrennte nationale Minderheit²⁸ entstehen. Die neue Grenze führte jedoch nicht zu einem Ende der seit Mitte des 19. Jahrhunderts bestehenden Streitigkeiten über die nationale Zugehörigkeit der Bevölkerung und damit zusammenhängend die angemessene Lage der Grenze. Diese konnten erst mit den „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ von 1955 offiziell beigelegt werden.

In Dänemark verblieb eine größere deutsche Minderheit, die 1920 etwa 30 000 Personen umfasste, heute rechnen sich ihr etwa 12 000-20 000 zu. Schleswig-Holstein, dessen nördlicher Teil aus dem südlichen Gebiet des geteilten Herzogtums Schleswig besteht, wurde zur vom Königreich Dänemark abgetrennten Heimat einer dänischen Minderheit, die 1920 ungefähr aus 7000-10 000 Menschen bestand, gegenwärtig sind es etwa 50 000 Personen. Analog zur alten Heimat nennen sie sich bis heute „Südschleswiger“.²⁹ Außerdem leben im nordfriesischen Teil Schleswig-Holsteins Angehörige der ebenfalls anerkannten nationalen Minderheit der Friesen, genauer: Nordfriesen (aktuell etwa 10 000-12 000 Personen).³⁰ Da die Zugehörigkeit zu einer Minderheit infolge des bestehenden Verbots behördlicher Überprüfung des Bekenntnisses nicht genau festgestellt werden kann, liegen für die Gegenwart nur Schätzungen vor, die in erster Linie auf Angaben der Minderheitenorganisationen beruhen; grundsätzlich kann wohl von einer eher geringeren Anzahl Minderheitsangehöriger ausgegangen werden.

28 Zur Definition „nationaler Minderheiten“ vgl. etwa Jørgen Kühl, Minderheiten und ihr „Mutterland“. Nationale Identifikationen über die Grenzen, in: Rheinheimer (Hg.), Grenzen in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks, S. 387-404, hier S. 390f.

29 Vgl. u.a.: Jørgen Kühl, Ein nachhaltiges Minderheitenmodell. Deutsche und dänische Minderheiten beiderseits der Grenze, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 47/2004, S. 22-27.

30 Friesische Minderheiten leben außerdem noch in der niederländischen Provinz Nordholland (westlauwersche Friesen, auch: Westfriesen) sowie an der niedersächsischen Nordseeküste (Ostfriesen). Vgl. Kühl, Ein nachhaltiges Minderheitenmodell.

Nach der Volksabstimmung des Jahres 1920 und besonders nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mussten sowohl die Angehörigen der deutschen Minderheit in Nordschleswig wie auch ihr dänisches Pendant in Südschleswig ihren Standpunkt innerhalb der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft und -kultur neu definieren. Hierfür wurden verschiedene Organisationen gegründet, die sich für die jeweiligen Minderheiten engagierten und diese politisch, kulturell, gesellschaftlich sowie wirtschaftlich vertraten. Die Geschichtspolitik dieser Interessenvertretungen steht im Mittelpunkt der hier skizzierten dritten Teilstudie und soll mit Blick auf die Minderheitenpolitik der verschiedenen dänischen und schleswig-holsteinischen Regierungen untersucht werden.

Mit welchen politischen Mitteln, so die zentrale Frage, wurde sowohl von staatlicher wie von nichtstaatlicher Seite versucht, eine eigene Identität unter Berufung auf Geschichte zu konstruieren? Während des in dieser Studie betrachteten Zeitraums von 1945 bis 2005 wandelte sich die Sichtweise auf die deutsch-dänische Minderheitenfrage von einem Problemkomplex der bilateralen Politik zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zu einem europäischen Vorzeigemodell.³¹ Von Interesse ist es dabei, wie der damit einhergehende politisch-kulturelle Wandel geschichtspolitisch flankiert wurde.

Eine wechselseitige Betrachtung der verschiedenen Erinnerungsakteure ebenso wie der jeweiligen Mehrheiten und Minderheiten ist hierbei unerlässlich. Neben den Regierungen und den für die Minderheitenpolitik verantwortlichen Behörden und Ausschüssen³² sind vor allem die einschlägigen Lobby-Organisationen von Bedeutung. Für die Vertretung der deutschen Interessen steht in erster Linie der im November 1945 gegründete „Bund Deutscher Nordschleswiger“ (BDN)³³. Der BDN bildet heute die Dachorganisation für alle deutschen Interessenverbände in Dänemark und ist außerdem Träger der politischen Vertretung der deutschen Minderheit durch die „Schleswigsche Partei“ (SP). Auf deutscher Seite steht seit 1920 der „Südschleswigsche Verein“ (dänisch: Sydslesvigsk Forening, SSF) als kultureller Dachverband für die Interessen der dänischen und friesischen Minderheit ein. Der Südschleswigsche Wählerverband (dänisch: Sydslesvigsk Vælgerforening, SSW) ist das Pendant zur SP. Der SSW wurde 1948 als politischer Ableger des SSF gegründet und trat zunächst für eine Verschiebung der deutsch-dänischen Grenze nach Süden ein, was allerdings auf strikte Ablehnung der britischen Besatzungsmacht traf und auch in Dänemark keine parlamentarische Mehrheit fand. SP und SSW sind als Regionalparteien in politische Entscheidungen eingebunden. Der SSW ist als Minderheitenpartei dabei von der Fünf-Prozent-Hürde befreit.³⁴ Die SP benötigt aufgrund des dänischen Wahlsystems keine Sonderregelung nach dem Minderheitenwahlrecht.

Beide Verbände sowie deren Parteien spielen eine für die Erinnerungskultur der Minderheiten hervorgehobene Rolle. Über Zeitungen (zum Beispiel „Flensborg Avis“ oder in den 1980er Jahren

31 Vgl.: Jürgen Kühl/Robert Bohn (Hg.), Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945-2005, Bielefeld 2005.

32 Z. B. die beiden 1965 gegründete Minderheitenausschüsse („Beratender Ausschuss für Fragen der dänischen Minderheit beim Bundesminister des Innern“; „Kontaktausschuss für die deutsche Minderheit“ im Folketing).

33 Siehe auch: www.nordschleswig.dk; www.bdn.dk.

34 Die 1951 eingeführte Sperrklausel von 7,5 Prozent, die einen Ausschluss des SSW aus dem schleswig-holsteinischen Landtag bewirken sollte, wurde 1955 mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen aufgehoben. Für die Bundestagswahlen wurde der SSW bereits 1953 von der 5-Prozentklausel befreit, er ist jedoch seit 1961 nicht mehr bundesweit angetreten.

„Slesvigland“) und andere Medien können weite Teile der Bevölkerung erreicht und so auch mit einem für die eigenen Zwecke gestalteten Geschichtsbild beeinflusst werden. Insbesondere folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt der Untersuchung: Welche Identitäten beschworen die dänische und deutsche Seite? Wie entwickelte sich die die gruppenspezifische Erinnerungskultur, welche Geschichtsbilder waren hierbei beherrschend? Wer hat sich hier besonders hervorgetan? Welche Rolle haben die jeweiligen Gegenseiten eingenommen? Wie wurden Opfer- und Täterrolle im Rahmen der Erinnerung an den Nationalsozialismus besetzt? Auf welche Weise wurden den jeweiligen Minderheiten ihre Besonderheit, und damit auch eine Abgrenzung von den dominierenden Mehrheiten aufgezeigt? Da die Minderheitenpolitik stets eine Gratwanderung zwischen Integration und Erhalt einer auch geschichtspolitisch geprägten Kultur und Identität war, stellen sich zudem die Fragen: Inwieweit mussten die jeweiligen Regierungen in ihrem Bemühen, ein gemeinsames Landes- und Nationalbewusstsein zu schaffen, konträr zu den Minderheiten arbeiten? Wie wurden die jeweiligen Minderheiten in die eigene Politik eingebunden, eventuell sogar beteiligt?

VII. Zusammenfassung. Das hier erläuterte Projekt reiht sich ein in die seit einigen Jahren in Gang gekommene Erforschung des politischen Umganges mit Geschichte auf Landes- und Regionalebene. Dabei geht es um Besonderheiten von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur „unterhalb“ der nationalen Ebene, aber auch um die Wechselwirkungen mit dieser sowie um grenzüberschreitende Praktiken und Diskurse. Im konkreten Untersuchungsfall Schleswig-Holstein werden einerseits die historischen Charakteristika des Landes als Rahmenbedingungen auch des geschichtspolitischen Handelns betrachtet, andererseits die Akteure, Orte, Phasen und Konflikte näher beleuchtet, die für den Umgang mit der NS-Geschichte nach 1945 maßgeblich waren. Dabei ist es ein besonderes Ziel des Forschungsprojektes, einen Beitrag zur weiteren Aufklärung der Nachkriegsgeschichte des Landes zu leisten, wie sie seit einigen Jahren praktiziert wird.

Cultural turn

Mit diesem Schlagwort wird eine interdisziplinäre und transnationale Forschungsrichtung bezeichnet. Die kulturwissenschaftliche Wende ist vor allem ein Wandel der Analyseperspektive, der oft als Paradigmenwechsel weg von der Gesellschaft hin zur Kultur gedeutet wird. Im Kern geht es darum, unterschiedlichste soziale Phänomene, von der Literatur über Geschichte bis hin zum Alltagshandeln, besonders auf Bedeutung, Sinn, Symbolik und die damit einhergehenden Konstruktionsprozesse zu analysieren. Deshalb ist der Sozialkonstruktivismus (siehe Kasten) die zentrale Grundlage des Cultural turn. Mit der kulturwissenschaftlichen Wende sind eine Reihe weiterer Neuorientierungen eng verknüpft, etwa der Linguistic turn in den Sprachwissenschaften und der Spatial turn (siehe Kasten), ebenso mehrere einflussreiche Forschungsansätze wie die Postcolonial Studies und die Gender Studies. All diesen Forschungsrichtungen ist gemeinsam, dass sie die sinnstiftenden „großen Erzählungen“ (Jean-François Lyotard) westlicher moderner Gesellschaften wie Nation, Geschichte, Fortschritt, Wahrheit, Subjekt etc. als kulturelle Konstruktionen zu entmythologisieren versuchen (Dekonstruktion). Davon sind auch geschichtspolitische und gedächtnistheoretische Arbeiten geprägt.

Literatur: Hartmut Böhme/Peter Matussek/Lothar Müller, Orientierung Kulturwissenschaft. Was sie kann, was sie will, 3. Aufl., Reinbek 2007.

Spatial turn

„Räume sind nicht, Räume werden gemacht!“ (Hans-Dietrich Schultz) Diese Auffassung steht im Zentrum des Trends zur verstärkten Berücksichtigung räumlicher Aspekte in kulturwissenschaftlichen Arbeiten, der Spatial turn genannt wird (spatial = räumlich). Im Unterschied zu den älteren Raumwissenschaften, vor allem der Geographie, ist diese neue Forschungsströmung besonders von den Veränderungen des epochalen Umbruchs von 1989/91 und dem jüngsten Globalisierungsschub geprägt, wodurch bisherige Raumvorstellungen infrage gestellt wurden. Sie versucht, Räume nicht nur physikalisch bzw. geographisch zu verstehen, vielmehr deren soziale und kulturelle Dimensionen „lesbar“ zu machen. Ein Ausgangspunkt ist die Annahme, dass Raumbewusstsein und Gesellschaft in einem engen Wechselverhältnis miteinander stehen. Deshalb ist die Frage, wie Räume durch soziokulturelle

Praktiken geschaffen, repräsentiert und verändert werden, von besonderem Interesse. Denn der gesellschaftlich und historisch bedeutsame Raum wird als Resultat menschlichen Handelns und Wahrnehmens begriffen. So stellt sich auch hier, wie bei allen Forschungsrichtungen unter dem Einfluss des Sozialkonstruktivismus, die Existenzfrage, in diesem Fall: ob und inwieweit Raum unabhängig von Wahrnehmung und Handeln des Menschen besteht.

Literatur: Jörg Döring/Tristan Thielmann (Hg.), *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2008; Karl Schlögel, *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*, München 2003.

Sozialkonstruktivismus

Dieser Forschungsansatz stützt sich auf die inzwischen „klassische“, für die kulturwissenschaftlichen Debatten höchst einflussreiche Studie „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ der beiden US-amerikanischen Sozialwissenschaftler Peter L. Berger und Thomas Luckmann aus dem Jahre 1966. Demnach entsteht gesellschaftliche Wirklichkeit als Vorstellungskonstrukt in der menschlichen Kommunikation und verändert sich deshalb permanent. Damit wird einerseits die Erkenntnisfähigkeit des Menschen relativiert, andererseits werden ältere essenzialistische Vorstellungen kritisiert. Mit diesem „Abschied vom Absoluten“ (Bernhard Pörksen) verschiebt sich die entscheidende Bezugsebene des Sozialkonstruktivismus hin zu gesellschaftlichen Prozessen, in denen die wandelbaren Vorstellungen etwa von Identität, Wahrheit oder Moral laufend erzeugt werden. So werden beispielsweise Geschichtsbilder in ihrer sozialen und politischen Bedingtheit kenntlich, weshalb sich die analytische Perspektive auf die sozialen Austauschprozesse zwischen den „Konstrukteuren“ der Geschichtsbilder konzentriert – etwa auf Parteien, Verbände, Institutionen, Medien und wichtige Einzelpersonen.

Literatur: Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Mit einer Einleitung zur deutschen Ausgabe von Helmuth Plessner, 21. Aufl., Frankfurt am Main 2007; Ian Hacking, *Was heißt 'soziale Konstruktion'? Zur Konjunktur einer Kampfvokabel in den Wissenschaften*, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2002.

Geschichte als Erzählung

Im Jahre 1967 rief der US-amerikanische Philosoph Richard Rorty den Linguistic turn aus. Dieser zunächst in erster Linie für die Sprachwissenschaften wichtige Anstoß hatte bald weitreichende Diskussionen in den Geistes- und Sozialwissenschaften zur Folge. Der auch „sprachkritische Wende“ genannte Perspektivwechsel beruht auf der gut begründeten Skepsis gegenüber der Auffassung, Sprache sei ein zuverlässiges Medium zur Erfassung von Wirklichkeit. Insbesondere die breite und internationale Rezeption der Studien des US-amerikanischen Historikers Hayden White (Metahistory, 1973; Auch Klio dichtet, 1986) hat dann den Blick auf Geschichtsschreibung stark beeinflusst. Nun ging es nicht mehr bloß um die noch in den 1970er Jahren debattierte Frage, ob „Theorie“ oder „Erzählung“ die maßgeblichen historiographischen Ansätze darstellten, sondern um die Problematisierung des Erzählens selbst. Deren Objektivitätsanspruch wurde durch den Nachweis fiktionaler bzw. metaphorischer Erzählstrukturen (Narrationen) infrage gestellt. Darauf bauen konzeptionelle Weiterentwicklungen auf, die etwa für eine bestimmte Zeit besonders einflussreiche Geschichtsinterpretationen als „Meisterzählungen“ untersuchen. Hierzu zählt beispielsweise das Deutungsmuster des „deutschen Sonderwegs“, für Schleswig-Holstein ließe sich der Topos „Up ewig ungedeelt“ nennen. Insgesamt ist der Gegenstand der Historiographie, die Geschichte, durch diese und weitere geschichtstheoretische Entwicklungen „unsicher“ (Hans-Jürgen Goertz) geworden.

Literatur: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002; Hans-Jürgen Goertz, Unsichere Geschichte. Zur Theorie historischer Referentialität, Stuttgart 2001